

Zum Abschluß des Internationalen Jahres der Solidarität mit Tibet

Botschaft Seiner Heiligkeit des Dalai Lama zum 33. Jahrestag des tibetischen Volksaufstandes am 10. März 92

Heute, am 33. Jahrestages des Volksaufstandes vom 10. März 1959, bin ich in Hinblick auf die Zukunft Tibets optimistischer gestimmt als je zuvor. Dieser Optimismus stützt sich zum einen auf die Entschlossenheit des tibetischen Volkes innerhalb Tibets und zum anderen auf die dramatischen Veränderungen, die überall in der Welt, besonders aber in der ehemaligen Sowjetunion stattgefunden haben. Ich bin sicher, daß innerhalb der nächsten fünf bis zehn Jahre einige große Wandlungen in China stattfinden werden.

Der Zusammenbruch von totalitären Regimen in den verschiedenen Teilen der Welt, die Auflösung des sowjetischen Imperiums und das Wiederaufstehen von souveränen, unabhängigen Nationen stärkt uns in unserem Glauben, daß letztlich Wahrheit, Gerechtigkeit und Menschlichkeit siegen werden. Die blutige Oktoberrevolution von 1917, die das Schicksal der Sowjetunion über sieben Jahrzehnte hinweg bestimmte, ging mit der gewaltlosen und unblutigen Augustrevolution von 1991 zuende.

Aus der Geschichte wissen wir, daß selbst die mächtigsten Weltreiche und Militärmächte entstehen und dann wieder vergehen. Keine weltliche Macht bleibt auf ewig unangetastet. Dies gilt insbesondere in unserem modernen Zeitalter, in dem die Macht der Kommunikationsmittel höchst effizient ist. So steht es wohl außer Frage, daß China nicht unberührt von den Ereignissen innerhalb

und außerhalb des Landes bleiben kann.

Die derzeitige chinesische Führung muß die Weitsicht und die Weisheit besitzen, von den gegenwärtigen politischen Wandlungen in der Welt zu lernen, um eine dauerhafte und friedliche Lösung für ihre eigenen Probleme zu finden. Heute finden wir auf der einen Seite die völlige Auflösung der Sowjetunion und auf der anderen Seite die Entstehung eines gemeinsamen Europas, das sich freiwillig zum Zwecke eines allgemeinen und gegenseitigen Nutzens zusammenschließt. Auch erleben wir die Geburt einer neuen Gemeinschaft unabhängiger Staaten aus den Trümmern der nun eingegangenen Sowjetunion.

Seit einigen Jahren habe ich zur Lösung des sino-tibetischen Problems ähnliche Ideen vorgebracht. Ich sprach auch davon, daß dies ein Modell zur Lösung ähnlicher Konflikte andernorts sein könnte. In der heutigen Welt der gegenseitigen Abhängigkeit und gemeinsamen Verbundenheit kann keine Nation darauf hoffen, ganz allein zu überleben, geschweige denn zu gedeihen. Gleichzeitig möchte keine Nation oder Gemeinschaft von einer anderen Nation kolonialisiert oder unterworfen werden.

Die derzeitige chinesische Führung hat gegenwärtig zwei Möglichkeiten. Die erste ist, sie leitet eine aufgeklärte politische Entwicklung in die Wege, die einen reibungslosen Übergang zu einer vollständig demokratischen Gesellschaft ermöglicht und den gewaltsam annektierten und besetzten Ländern erlaubt, freie und gleichberechtigte Partner in einer neuen Weltordnung zu werden. Die zweite Möglichkeit ist, das Land an den Rand von blutigen politischen Auseinandersetzungen zu treiben. Dies wäre für ein Land, in dem ein Viertel der gesamten Menschheit lebt, in der Tat eine große Tragödie. Sollte die chinesische Regierung ein

echtes Interesse an der Lösung des Tibet-Problems zeigen, wird es auf unserer Seite keinerlei Mangel an aufrichtiger Bereitschaft geben. Obgleich die Vorschläge, die ich vor mehr als drei Jahren in Straßburg unterbreitete, nicht mehr gültig sind, halten wir daran fest, eine Lösung auf dem Verhandlungswege zu erzielen. Diese Bereitschaft drückt sich auch deutlich an meinem Vorschlag aus, Tibet einen baldigen Besuch abzustatten. Bedauerlicherweise wurde dieser Vorschlag von der chinesischen Regierung abgelehnt.

Mit wachsender Bewußtwerdung hinsichtlich der tatsächlichen Situation im heutigen Tibet nimmt auch die Unterstützung und die Anteilnahme an unserer Sache durch die Weltöffentlichkeit immer mehr zu. Ich erfuhr sehr viel Ermutigung durch das aufrichtige Interesse und die Sympathie seitens der politischen Führer, mit denen ich während meiner Reisen im vergangenen Jahr zusammentraf. Wir betrachten diese günstige Veränderung in der Haltung der Regierungen nicht als anti-chinesisch, sondern als ein Eintreten für Gerechtigkeit und Wahrheit.

Der heutige Tag markiert ebenfalls den befriedigenden Abschluß eines sehr erfolgreichen Internationalen Jahres der Solidarität mit Tibet. Aus diesem Anlaß wurden in mehr als 36 Ländern über 3000 verschiedene Veranstaltungen und Aktionen durchgeführt. Aufgrund dieser Aktivitäten ist Tibet weit mehr in das Blickfeld der Weltöffentlichkeit gerückt als dies noch ein Jahr zuvor der Fall war. Die Veranstaltungen erinnerten die Welt nicht nur an die fortwährenden Leiden des tibetischen Volkes und die Zerstörung seines Lebensraumes, sondern führten auch der Welt den einzigartigen Reichtum der tibetischen Kultur durch Vorführungen darstellender Kunst und vor allem durch viele Ausstellungen vor Augen. Nachdem wir enorme Begeisterung und Sympathie geschaffen haben,

müssen wir jetzt weltweit versuchen, die spezifischen und dringenderen Anliegen **des** tibetischen Volkes anzugehen. Deshalb unterstütze ich den Aufruf der International **Campaign for Tibet**, der in Washington beheimateten **Unterstützergruppe**, das Jahr 1992 der Schaffung einer größeren Bewußtheit und der Erzielung einer aktiven internationalen Einflußnahme hinsichtlich der Umweltprobleme Tibets und der Menschenrechte für die **Tibeter** zu widmen.

Der unbezwingbare Mut und die feste Entschlossenheit unseres Volkes in Tibet macht die Kraft unserer Bewegung aus. Das Einzigartige an unserem Kampf ist sein gewaltloser Charakter. Während wir fortfahren, für unsere legitimen Rechte einzutreten, dürfen wir nicht vom Pfad der Gewaltlosigkeit abweichen. Ich hege keinerlei Zweifel, daß eines Tages unser Volk, genauso wie auch die Völker der Inneren Mongolei und **Ostturkestans** sich in ihrem jeweiligen Land in völliger Freiheit wieder vereinen werden.

Unterdessen bereiten wir im Exil den Boden für ein vollkommen demokratisches Tibet der Zukunft vor. Ein offizielles Dokument hierzu wurde vor kurzem unter dem Titel *Guidelines For Future Tibet's Polity And The Basic Features Of Its Constitution* (Richtlinien für die zukünftige Staatsform Tibets und grundlegende Merkmale seiner Verfassung) **veröffentlicht**. Dieses Dokument besagt, daß die derzeitige tibetische Administration in dem Moment aufgelöst wird, wenn wir nach Tibet zurückkehren und daß ich meine gesamte traditionelle politische Macht an eine **Übergangsregierung** übergebe. Sie wird dafür verantwortlich sein, eine demokratische Verfassung auszuarbeiten, nach der die Regierung Tibets vom Volke gewählt werden wird. Dieses Dokument stellt auch sicher, daß es keine politischen Anschuldigungen gegenüber solchen **Tibetern** geben wird, die in der chinesischen Administration gearbeitet haben. Tatsächlich sollten die tibetischen Funktionäre der gegenwärtigen Regierung in Tibet aufgrund ihrer Erfahrung die Hauptverantwortung übernehmen.

Das zukünftige Tibet wird eine Oase **des** Friedens im Herzen Asiens sein, wo Mensch und Natur in vollkommener Harmonie zusammenleben. Dies kommt nicht nur Tibet und

den **Tibetern** selbst zugute, sondern wird auch dazu beitragen, den Grundstein für eine freundlichere Beziehung zwischen Indien und China zu legen.

Wird eine echte freundschaftliche Beziehung zwischen den **Tibetern** und den Chinesen geschaffen, so wird dies uns nicht allein dazu befähigen, in diesem Jahrhundert die Streitigkeiten zwischen unseren beiden Nationen zu lösen, sondern es wird uns **Tibetern** auch die Möglichkeit geben, aufgrund unserer reichen kulturellen Tradition einen bedeutenden Beitrag zum geistigen Wohlergehen von Millionen junger Chinesen zu leisten.

Möge unser Kampf bald zur Wiederherstellung unserer legitimen Rechte führen, und möge Frieden und Wohlstand in der ganzen Region gedeihen.

Der **Dalai Lama**
Dharamsala, 10 März 1992

Authentisiert
des Office of Tibet, Zürich.
Übersetzung aus dem Englischen

Li Peng in Davos

Es ist schwer zu beurteilen, ob der chinesische Ministerpräsident **Li Peng** seine Reise durch einige westeuropäische Länder Anfang **des** Jahres als Erfolg verbuchen kann oder nicht; genossen hat er sie sicherlich nicht.

Gut zweieinhalb Jahre nach der blutigen Niederschlagung der **Demokratiebewegung** auf dem Platz **des** Himmlischen Friedens 1989 wagte sich **Li Peng** als einer der Hauptverantwortlichen **des** Massakers und der andauernden Menschenrechtsverletzungen in China und Tibet ins westliche Ausland. Natürlich hatten schon mehrere Regierungschefs oder Vertreter westlicher Regierungen ihre Aufwartung in Peking vorangehen lassen, und so schien es nur eine Frage der Zeit zu sein, bis das Interesse an erfolgsversprechenden Wirtschafts- und Handelsbeziehungen die repressiven Machthaber Chinas in aller **Öffentlichkeit** wieder salonfähig werden ließ. Eine **scheinbare Legitimation** für wirtschaftliche Annäherung an China lieferte **Li Peng** denn auch gleich selbst, als er bei seinem Besuch in Italien versicherte, daß China seine Politik der Öffnung und der

Reformen fortsetzen wolle. Die chinesische Führung sei bestrebt, sowohl die Demokratie als auch die Legalität zu verstärken. Damit sie jedoch auf ihrem Weg weitergehen könne, brauche das Land unbedingt politische Stabilität.

Und sollte man sich fragen, was das Wort **»unbedingt«** wohl bedeuten könnte, so erinnere man sich nur an das Massaker an den chinesischen Studenten im Juni 1989 und den zuvor in **Lhasa** friedlich demonstrierenden **Tibetern**.

Daß man überhaupt so bereitwillig mit dem **»treuen Parteisoldaten*«** auf höchster Ebene zusammentraf, — so geschehen in Italien, Malta, Spanien, Portugal und der Schweiz — muß als eklatante Entgleisung gegen die Werte der Menschlichkeit und den neuen Geist von Freiheit und Demokratie, der die totalitären Regime in den Staaten Osteuropas und der ehemaligen Sowjetunion hinwegfegte, kritisiert werden. Daß sich aber die Regierungen Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens nicht dazu bereit erklärten, **Li Peng** zu empfangen und damit die öffentliche Achtung seiner Person zu lockern, stellt für den chinesischen Machthaber sicher eine politische Schlappe und einen schweren Gesichtsverlust dar. Hinzu kommt noch, daß auch die zustandegewordenen Treffen sich meist kompliziert und **äußerst** kühl gestalteten.

Zumindest in Italien und der Schweiz wurde der Besuch **des** chinesischen Ministerpräsidenten von Protesten und einer öffentlichen Demonstration in Rom, an der sich über **1000** Personen beteiligten, begleitet.

Auch die Einladung **Lis** als einer der Hauptreferenten **des** renommierten Weltwirtschaftsforums im schweizerischen Davos rief vor allem den Protest der **dort** lebenden **Exiltibeter** und der vielen Tibet-Unterstützergruppen auf den Plan. Dies ist um so verständlicher, wenn man bedenkt, daß zur gleichen Zeit Delegierte aus **53** Staaten im nahe gelegenen Genf in einer Kommission der Vereinten Nationen über die Lage der Menschenrechte debattierten, und es damals schon fraglich war, ob Tibet überhaupt auf die Tagesordnung und China auf die Anklagebank gelangen wird. Tatsächlich wurde am Ende der Sitzung keine Resolution gegen China verabschiedet. **Insbe-**

sondere Pakistan versuchte — wie von einer demokratisch gewählten damals nach dem **Tiananmen-Mas-** Regierung auch im Falle von **Wirtsaker** — eine solche zu verhindern, sacherschaftsinteressen nicht völlig **hintan-** mit dem Argument, daß eine mögli- gestellt werden. Eine **opportunisti-** che UN-Resolution versuche, die sche Schweiz, der die Verletzung Unabhängigkeit Tibets zu **unterstüt-** von Menschenrechten in China und zen, und nicht nur die Frage der im militärisch besetzten Tibet **gleich-** Menschenrechte behandeln würde. gültig ist, wollen wir nicht **unwider-** Und dies im Angesicht der Tatsache, **sprochen** hinnehmen. Ein **gemeinsa-** daß der Strom der Flüchtlinge aus **mes** Europa ist den **Menschenrech-** Tibet wieder zunimmt und die »Ge- ten verpflichtet.*
burtenkontrolle« und andere **Maß-** Mehr als einmal kam die **zwiespäl-** nahmen gegen das tibetische Volk **tige** Haltung der Schweiz — und immer restriktiver werden. indirekt natürlich auch die Haltung der meisten anderen westlichen Staaten — gegenüber China und

Die verschiedenen **Tibet-Organisa-** tionen riefen deshalb auch zu Pro-



Ruine im **Komplex** des Klo- sters Sera-je im Lhasa-Tai

testkundgebungen und zur Unterzeichnung eines Memorandums gegen den Besuch Li Pengs auf. Außerdem wurde eine Veranstaltungsreihe mit Vorträgen, einer Fotoausstellung, Podiumsdiskussion und Pressekonferenz organisiert. Die Veranstaltungen und Proteste, die zum Teil auch von der »Föderation Demokratisches China« (FDC) getragen wurden, sollten die Öffentlichkeit auf die Menschenrechtsverletzungen in Tibet und China, die völkerrechtswidrige Besetzung Tibets und den damit einhergehenden Genozid aufmerksam machen.

Aber auch die Schweiz wurde als »neuer Brückenbauer für das blutige Regime in Peking« (Neue Zürcher Zeitung) heftig kritisiert. So hieß es zum Beispiel in der Presseerklärung der Tibet Initiative Deutschland e.V.: »Moralisch-ethische Werte können

Tibet zur Sprache. Auf der einen Seite steht dort die Schweiz mit ihrer großen humanitären Hilfe für die tibetischen Flüchtlinge; auf der anderen Seite die diplomatische Schweiz, die als einer der ersten Staaten die Volksrepublik China und damit auch deren Anspruch, Tibet als integralen Bestandteil zu betrachten, anerkannt und stets gute Beziehungen zu China — selbst während der sogenannten »Kulturrevolution« gepflegt hatte. Infolgedessen hat es die Schweiz — wie jedoch fast alle westlichen Staaten auch — bis zum letzten Jahr geflissentlich vermieden, den Dalai Lama offiziell zu empfangen.

Als positiv zu werten ist der Protest der »Parlamentarischen Gruppe Tibets@. Dieser von 92 Schweizer Nationalräten unterzeichnete offene Brief forderte Li Peng auf, in Davos auf das Angebot des Dalai Lama

einzugehen und ihn zu einem Gespräch einzuladen. Dies nämlich hatte kurz zuvor der Sprecher des Dalai Lama während des Besuches Li Pengs in Rom gefordert.

Der wichtigste Demonstrant beim offiziellen Besuch des chinesischen Ministerpräsidenten — allerdings widerwillen — war Bundesrat Koller, der Schweizer Justizminister. Dieser wollte mit Li Peng über Menschenrechtsfragen, den Strafvollzug und die Flüchtlingsfrage reden. Die Chinesen sagten die geplante Begegnung jedoch kurzfristig ab, worauf Koller dem gemeinsamen Mittagessen fern blieb. Laut dem Sprecher des Justizdepartments hat das Außenministerium mit »Überraschung und Bedauern« auf die Ausladung des Justizministers reagiert.

Daraufhin hat der Schweizer Bundespräsident René Felber während seines Zusammentreffens mit Li Peng die Menschenrechtsfragen selber angesprochen. Der chinesische Ministerpräsident wehrte sich — und dabei kann man gar nicht hellhörig genug werden — gegen die Anwendung europäischer Maßstäbe für die Menschenrechte in China; und dies, obwohl die chinesische Regierung noch im August 1991 mit der Schrift »Menschenrechte in China« eine Art Weissbuch vorzulegen versuchte.

Zwar hatte Li Peng eine Liste entgegengenommen, in der die im letzten Jahr in China weilende Schweizer Menschenrechtskommission 27 Fälle von Strafvollzug kritisierte, empfand aber scheinbar den Hinweis auf Tibet als Einmischung in die inneren Angelegenheiten. Es wird sogar spekuliert, ob Tibet nicht der Grund für die Absage an Koller gewesen ist.

Abschließend muß wieder einmal bemerkt werden, daß die Halbherzigkeit der sogenannten »freien westlichen Welt« hinsichtlich der Menschenrechte, oder sollte man lieber sagen: hinsichtlich der Menschlichkeit, das Leiden der Unterdrückten und Gepeinigten um ein vielfaches verlängert und in indirekter Weise oft erst möglich werden läßt.

Jürgen Manshardt